

klartext

Magazin der PDS Sachsen-Anhalt



PARTEITAG IN WITTENBERG

Vorsitzender und Vorstand neu gewählt

DIE DOPPELSPITZE

Fragen an **Matthias Höhn**
und **Wulf Gallert**

BUNDESTAGSWAHL

Gemeinsam mit der WASG?

KOMMUNAL- GEBIETSREFORM

Die Beschlüsse der PDS

AM 8. MAI IN ISRAEL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Seite 3

In Kürze | 3

Interview

Wulf Gallert und Matthias Höhn im Gespräch | 4

Themen

Von der PDS zur Linkspartei | 6

PDS & WASG und viel mehr | 7

Titel

Parteitag in Wittenberg
Innovation | 8

Für einen zukunftsfähigen Landesverband | 9

Reformen müssen Sachsen-Anhalt nutzen | 10

Kultur

Hart wie Stein | 11

Am 8. Mai in Israel | 12

Jugend

Vom Fördern zum Ermöglichen | 13

Zur Zeit

Anstoß erregen oder Anstöße geben? | 14

Satire

Alfred Dittberner | 15

es hat sich einiges getan. Auch und vor allem für die PDS, im Bund und im Land. Seit dem Wittenberger Parteitag hat die PDS Sachsen-Anhalt einen neuen Landesvorsitzenden, Matthias Höhn, einen neugewählten Vorstand und weitreichende Beschlüsse zu Kommunen, Finanzen und PDS-Programmatik als Arbeitsgrundlage.

Wulf Gallert, der Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, wurde mit großer Mehrheit zum Ministerpräsidenten-Kandidaten der PDS für die Wahlen 2006 nominiert. Gemeinsam mit Matthias Höhn wird er die PDS in zwei Wahlkämpfe führen. Wohl bereits im September stehen die vorgezogenen Neuwahlen für den Bundestag an, danach beginnt bereits die Aufstellung zu den Landtagswahlen am 26. März 2006. klartext hat beide befragt, zu ihren Vorhaben für Sachsen-Anhalt und zu den bundesweiten Perspektiven für die PDS. Die Antworten von Wulf Gallert und Matthias Höhn lesen Sie auf den Interviewseiten 4 und 5.

Nach acht Jahren Verantwortung als Landesvorsitzende stand Dr. Rosemarie Hein nicht mehr für dieses Amt zur Wahl. Die Bildungspolitikerin hat den Landesverband streitbar geführt und klare Positionen bezogen – in nicht gerade leichten Zeiten für die PDS nach den Wahlergebnissen 2002. Auch in Sachsen-Anhalt wurden die Debatten nach Gera geführt. Rosemarie Hein hat für ihren Nachfolger in Wittenberg mit einer Charakterisierung geworben, die sie auch für sich selbst beanspruchen kann, „kooperativ und selbstbewusst“.

Keine schlechten Eigenschaften, prinzipiell und besonders jetzt. Die PDS stimmt am 17. Juni 2005 über den Vorschlag des Parteivorstandes über die Umbenennung der Partei ab. Mit dieser Ankündigung war der vorläufige Höhepunkt eines Prozesses erreicht, dem sich die PDS in den Verhandlungen mit der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative stellt.

Nicht weniger als die Perspektive auf eine parteipolitisch vereinte Linke als bundesweiter Akteur ist dabei das mittel- bis langfristige Ziel. Daran hängt weit mehr als eine Debatte um Namen – und diese ist bereits schwer genug. In diesen bewegten Zeiten, in denen die Nachrichten äußerst begrenzte Halbwertszeiten haben, stellen wir unsere aktuellen Ansichten zur Diskussion. Dabei können wir, ebenso wie unsere Interviewpartner, nur die Gegebenheiten bis zum Redaktionsschluss am 3. Juli 2005 berücksichtigen. Petra Pau (S. 7), Dr. Thomas Falkner (S. 14) und die Redaktion (S. 6) schreiben über ihre Gedanken zu diesem laufenden Prozess.

Der klartext wird dabei sein. Schneller als geplant, vielleicht angesteckt vom Tempo der Veränderungen, erscheinen wir mit deutlich verändertem Layout und einer neuen Seite 3 für Kurzmitteilungen.

Viel Spaß beim Lesen und Schauen wünscht Ihnen,

Anke Lohmann

Impressum

klartext - Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Katja Müller, Sven Barquet, Matthias Gärtner (MdL), Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth

Druck: Harzdruckerei, Wernigerode

Auflage: 6.400 Exemplare

Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. Juli 2005 · klartext erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848,
E-Mail: landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

Spendenaufruf

Ein Zahnarztzimmer für Kuba

In Magdeburg ist aufgrund einer Praxis-schließung ein komplettes Zahnarztbe-handlungszimmer zur Entsorgung freigegeben worden. In Kenntnis der schwierigen Lage des Gesundheitswesens in Kuba, wollen wir besagtes Zimmer dorthin verschiffen. Zielort ist das Klinikum in Aman-cio/Las Tunas. Abseits der bekannteren Zentren wie Havanna oder Santiago wollen wir Patienten und Ärzte dort unterstützen.

Dafür bitten wir weiterhin um Spenden – ermöglichen Sie damit den Transport nach Kuba. Auch Spenden von Medika-menten, medizinischen Hilfsmitteln und Geräten sind weiterhin willkommen.

Infos: Herbert Thiemann
Tel.: 0160 5288577 oder
Kommunikationszentrum der PDS
Tel.: 0391 7447924

Spenden bitte an:
Volksbank Magdeburg
Konto: 282 42 48
BLZ: 810 932 74
Verwendungszweck: Amancio

Kontakt:
was bewegen e.V. – Verein zur Förderung emanzipatorischer Jugendarbeit,
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Spenden sind steuerlich absetzbar.
VR 1655 beim Amtsgericht Magdeburg
St-Nr.: 102 / 142 / 04180 K242

In den Bundestag

Der Stadtverband Halle hat Dr. Petra Sitte als Direktkandidatin für die geplanten Bundestagswahlen gewählt. Die promovierte Volkswirtin, bis 2004 Vorsitzende der PDS-Fraktion im Landtag, tritt mit dem thematischen Schwerpunkt Hochschul- und Wissenschaftspolitik an. Nicht allein das entschiedene Nein zu Studiengebühren bestimmt ihre Haltung – sie steht ausdrücklich für den Gestaltungsanspruch der PDS. Der Innovationsansatz im Leitantrag des Landesverbandes, der die politische Richtung der PDS in Sachsen-Anhalt für die nächsten Jahre vorgibt, trägt auch ihre Handschrift. Intensiv bemüht sie sich darum, das Wissenschaftspotential nachhaltiger zum Tragen zu bringen, dem wissenschaftlichen Nachwuchs und zukunftsfähigen Unternehmen bessere Chancen zu geben. In der Konsequenz geht es um den Aufbau wissenschaftlicher Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt. Die Zustimmung der Delegierten am 10. Juli in Wittenberg vorausgesetzt, soll sie als Spitzenkandidatin aus Sachsen-Anhalt für den Wiedereinzug der PDS in Fraktionsstärke in den Bundestag antreten.



Mehr Mitbestimmung mit weniger Stimmen

Es ist es geschafft – der Landtag hat im Mai diesen Jahres einstimmig dem Entwurf der PDS-Fraktion zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes zugestimmt. Kein alltäglicher Vorgang im parlamentarischen Gefüge für eine Oppositionspartei. Aber es beweist eben auch, dass es möglich ist, Sachpolitik über Parteipolitik zu stellen. Wir haben einen Kompromiss ausgehandelt, der Gewähr dafür ist, dass die plebiszitären Elemente in unserem Land gestärkt werden. In folgenden Regelungen wurde Konsens erzielt:

- verfassungsrechtliche Anpassung der Quoren bei Volksinitiative und Volksbegehren
- Änderung der Quoren nicht angenommener Volksinitiativen
- Aufwertung der Volksinitiative, die einen Gesetzentwurf zum Gegenstand hat, in dem die Vertrauenspersonen in den Ausschüssen und im Landtag angehört werden müssen
- Streichung nicht verfassungskonformer Regelung hinsichtlich Voraussetzung und Gegenstand eines Volksentscheides
- Streichung der Möglichkeit der Erledigungserklärung durch die Vertrauenspersonen
- Kostenrückerstattung nunmehr auch bei Volksentscheiden.

Diese Änderungen stärken direkte Demokratie, die Einflussnahme von Bürgerinnen und Bürgern jenseits der Wahlen auf die Landespolitik. | **Gudrun Tiedge**

Blick zurück – Die Konferenz zum 8. Mai

Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen und deren Widerspiegelung in der Gedenkkultur – unter diesem Titel veranstalteten die PDS-Fraktion und der Bildungsverein Elbe-Saale am 4. Mai 2005 eine Konferenz. Vor 120 interessierten Zuhörern erinnerte Gudrun Tiedge, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion, an die Bedeutung des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus. Sie verwies auf das Anliegen der Konferenz, mittels einer vergleichenden Betrachtung der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen in der BRD und in der DDR einen Beitrag zum Gedenken an diesen Tag zu leisten.

Jupp Gerats, (IVvD Sachsen-Anhalt) berichtete über die Entnazifizierung in der SBZ. Er kritisierte aber auch eine bis heute ungenügende Auseinandersetzung mit der „Schuld des deutschen Volkes“. Landesjustizminister Curt Becker, 1967-72 Staatsanwalt bei der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg (ZStL), und Kurt Schrimm, Leiter der ZStL, attestierten der alten BRD eine überwiegend erfolgreiche juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Beide hoben die Rechtstaatlichkeit der Verfahren hervor und begründeten damit auch die zahlreichen Freisprüche von NS-Tätern sowie die Nichtverfolgung ganzer Tätergruppen. Im Gegensatz dazu werteten sie die Verfahren in der DDR als nicht rechtstaatlich, politisch instrumentalisiert und unsystematisch ab. Carlos Foth, ehem. Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR, erinnerte an die erfolglosen Bemühungen seines Amtes, der BRD in verschiedenen Verfahren Rechtshilfe

Am Jüngsten

Matthias Höhn ist mit Jahrgang 1975 einer der jüngsten Vorsitzenden, den ein Landesverband der PDS bisher in diese Verantwortung gewählt hat. Doch damit ist der Generationswechsel längst nicht erschöpft. Juliane Heuser ist mit noch einmal zehn Jahren Abstand das jüngste Mitglied des Landesvorstandes. Mit 19 Jahren ist sie bereits einige Jahre in der PDS und darüber hinaus aktiv. Seit 2004 ist sie Gemeinderätin in Edersleben, vor zwei Jahren war sie wesentlich an der Gründung der Sangerhäuser Jugendgruppe „Rote Rose“ beteiligt. Ihr Engagement für Friedens- und Jugendpolitik fließt nun in den auf dem Wittenberger Parteitag am 18. und 19. Juni neu gewählten Landesvorstand ein.

Mit ihr vertreten weitere 17 Mitglieder des Vorstandes – auch altbewährte – den rund 6.400 Mitglieder starken Landesverband. Als Geschäftsführer wurden Michael Entrich und als Schatzmeisterin Corinna Pilatzki wiedergewählt. Dem Vorsitzenden Matthias Höhn stehen weiterhin Birke Bull, Gudrun Tiedge und Dr. Achim Bittrich als stellvertretende Landesvorsitzende zur Seite. Mehr unter www.pds-sachsen-anhalt.de



zu gewähren. Prof. Norman Paech, Völkerrechtler an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, verdeutlichte die fragwürdige Rechtsauffassung der BRD-Justiz anhand der ungesühnten Wehrmachtsverbrechen. Personelle und rechtliche Kontinuitäten hätten dazu beigetragen, den deutschen Vernichtungskrieg durch die Gerichte zu sanktionieren und im Gegensatz Verteidigungsaktionen von Partisanen als Verbrechen zu diskreditieren. Prof. Christiaan F. Rüter, (Universität Amsterdam) stellte klar: Beide deutsche Staaten haben zunächst nur die Täter am Ende der Befehlskette verfolgt. Ein Vergleich der Urteile bis 1990 zeigt zudem, dass bis auf wenige Ausnahmen in der DDR sehr wohl nach rechtstaatlichen Prinzipien vorgegangen wurde. | **Pascal Begrich**

Herzlichen Glückwunsch. Mit großer Mehrheit nominierten dich die Delegierten auf dem Wittenberger Parteitag zum Ministerpräsidentenkandidaten der PDS für die Landtagswahlen 2006. Warum ist es notwendig das politische Angebot der PDS in dieser Form personell zu untersetzen?

Weil wir der Öffentlichkeit beweisen müssen, dass wir als unabhängige politische Kraft in den Wahlkampf eintreten. Wir sind nicht das Korrektiv oder die Ergänzung zu irgendjemandem, sondern wir gehen mit einem selbständigen politischen Konzept in diese Auseinandersetzung. Und deswegen müssen wir auch ein selbständiges personelles Angebot unterbreiten.

Welche Themen werden die Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit, auch im Hinblick auf die Bundestags- und Landtagswahlen sein?

Wir müssen in der politischen Auseinandersetzung die These glaubhaft vertreten, dass soziale Gerechtigkeit ein Zukunftsthema ist, das über die Entwicklungsperspektiven der Gesellschaft entscheidet, und kein Begriff aus der Mottenkiste der Sozialromantik. Entscheidende Bereiche auf der Bundesebene sind dabei die Steuerpolitik, die den Staat wieder handlungsfähig machen muss, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Auswege aus der derzeitigen Abwärtsspirale zeigt, und eine Sozialpolitik, die den Solidargedanken umsetzt statt ihn auszuhöhlen. Auf Landesebene brauchen wir eine Konzentration auf den entscheidenden Bereich der sozialen Gerechtigkeit: den Zugang zur Bildung. Dabei kommt es darauf an, jedem, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, die optimalen Entwicklungsbedingungen zu garantieren.

Die PDS öffnet sich im Moment in einem beispiellosen Prozess für eine gesamtdeutsche Linke. Wie wägst du Chancen und Risiken der „Linkspartei“ ab?

Die Chancen sind durch eine riesige Erwartungshaltung in der bundesdeutschen Gesellschaft – Ost wie West – geprägt, diesen Erwartungen müssen wir gerecht werden. Und eben da sehe ich auch die Risiken, weil zurzeit die Diskussionen und die Verhandlungen mit der WASG ja zeigen, welche programmatischen Brüche und Schwierigkeiten es noch gibt. Es reicht nicht aus, sich als politische Kraft links zu bekennen, man muss auch die Fähigkeit besitzen, linke Politik realisieren zu können. Wir konzentrieren uns zu sehr auf die erste Frage, die zweite Frage ist noch zu wenig im Blick. Das ist ein Risiko.

Die SPD hat nun Lohnerhöhung und „Reichensteuer“ wiederentdeckt. Siehst du hier die Aussage von Lothar Bisky bestätigt: „die Linkspartei wirkt schon“?

Wulf Gallert

Fragen an den Vorsitzenden der PDS-Landtagsfraktion

Zweifellos ist das eine der Wirkungen, die das Linksbündnis zustande gebracht hat. Aber nicht nur das Linksbündnis, sondern die Tatsache – das bilden jetzt die Meinungsumfragen und das NRW-Wahlergebnis ab –, dass es einen erhöhten gesellschaftlichen Bedarf für eine solche linke Kraft in der Bundesrepublik gibt, und viele Leute offensichtlich bereit und in der Lage sind, diesem zu vertrauen. Das ist das Entscheidende. Vor diesem Hintergrund schrecken jetzt die anderen auf, und es werden auf einmal Prämissen des politischen Handelns in Frage gestellt, die seit 15 Jahren hier niemand mehr hinterfragt hat. Insofern ist das schon eine Wirkung des Linksbündnisses, die nicht zu übersehen ist.

Welche Antworten muss die PDS geben, um nicht beim Sozialprotest gegen Hartz IV stehen zu bleiben?

Sie muss im Grunde genommen die Frage beantworten, wie kann ich soziale Gerechtigkeit mit Zukunft verbinden. Eine der dafür notwendigen Bedingungen ist die schon angesprochene Verbindung von Bildung und sozialer Gerechtigkeit. Darüber hinaus müssen alle Konzepte, die wir entwickeln, dem Faktum der globalisierten Weltwirtschaft standhalten. Wir können keine nationalen Insellösungen mehr realisieren, wir müssen uns auf diese Prozesse einstellen und wir müssen alles unterlassen, was den wissenschaftlichen Fortschritt im Rahmen der Gesamtgesellschaft hemmt. Wir dürfen uns nicht auf einen Sozialkonservatismus zurückziehen, der im Endeffekt nur eine andere Form von Maschinenstürmerei wäre.

Was verändert sich mit der PDS im deutschen Bundestag?

Es wird eine Verschiebung an der politischen Achse geben. Wir sehen das jetzt bereits im Vorfeld, dass sich ein Linksruck fast durch alle Parteien – die FDP einmal ausgenommen – vollzieht, und es werden wieder Fragen gestellt werden, sicherlich nicht immer schon Antworten gegeben, die vorher keiner mehr gestellt

hat, z.B. brauchen wir wirklich Steuersenkungspolitik, sind die Lohnkosten wirklich unser zentraler Feind für die Entwicklung der Bundesrepublik. All diese Fragen werden jetzt wieder gestellt, und das schon allein, weil die Existenz der PDS im Bundestag massiv möglich erscheint. Und das wird sich natürlich nicht ändern, wenn die PDS in Fraktionsstärke im Bundestag ist.

Woher beziehst du Kraft für deine Arbeit?

Eigentlich ist das zurzeit gar nicht so sehr schwer, weil ich sowohl innerhalb der Partei als auch außerhalb merke, dass es einen erhöhten Bedarf für linke Politik gibt und dass

wir uns mit sehr realitätsnahen Konzepten in die öffentliche Diskussion begeben. Insofern kann ich nur sagen: Zurzeit macht's mir einfach auch mal Spaß.



Matthias Höhn

Der neue Landesvorsitzende der PDS Sachsen-Anhalt

Herzlichen Glückwunsch. Der Parteitag hat mit großer Mehrheit für dich als Vorsitzenden des Landesverbandes der PDS in Sachsen-Anhalt votiert. Welche Ziele hast du dir für die gemeinsame Arbeit mit den Mitgliedern gestellt?

Vielen Dank für die Glückwünsche. Der Landesverband muss sich zwei großen Aufgaben stellen, die nicht voneinander getrennt und nur gemeinsam erfolgreich bewältigt werden können. Die erste ist die konzeptionelle Arbeit. Da sind wir auf einem guten Weg. Der PDS hier im Land ist es in den letzten Monaten gelungen, sich nach innen auf klare Zielstellungen und Schwerpunkte zu verständigen und nach außen dementsprechend ein klares Profil

kenntlich zu machen: Stichwort „Zukunft durch Innovation“.

Wenn wir hier noch nachlegen

können bis zu den Wahlen, dann gehen wir mit einem Programm und einer Zielvorstellung für unser Land ins Rennen, was uns deutlich unterscheidet von den anderen Parteien.

Und dann komme ich zur zweiten großen Aufgabe: Innovative politische Konzepte wird nur der entwickeln und glaubhaft vertreten können, der selbst innovativ im Denken und Handeln ist: Thema „Parteireform“. Wir brauchen eine Diskussionskultur, die dies möglich macht. Wir brauchen Arbeits- und Kommunikationsstrukturen, die diesen Prozess befördern. Und natürlich müssen wir den Landesverband auf eine sichere finanzielle Basis stellen. Ohne das wird es nicht gehen.

Dr. Rosemarie Hein hat dem Landesverband acht Jahre lang streitbar vorgestanden. Was wirst du versuchen von ihr zu übernehmen, was möchtest du ganz anders machen?

Die wichtigen politischen und strukturellen Entscheidungen der letzten Jahre haben wir gemeinsam mit auf den Weg gebracht. Und wir haben gemeinsam – mit vielen anderen – für diese Ansätze geworben. Insofern ist völlig klar, hier setze ich auf Kontinuität, ich möchte den Prozess fortschreiben, den wir mit Rosi als Landesvorsitzende begonnen haben.

Natürlich hat jeder seinen eigenen Stil. Und jeder prägt auch ein Stück die Funktion des Landesvorsitzes auf unterschiedliche Weise. Die Fußstapfen, die meine beiden Vorgänger – Rosi und Roland – hinterlassen haben, sind gewaltig. Darum werde ich auch nicht versuchen, in diesen Fußstapfen zu laufen. Ich muss meinen eigenen Weg gehen. Aber weniger streitbar als Rosi bin ich sicher nicht...

Nach der konstituierenden Sitzung hat sich der neue Landesvorstand gemeinsam mit der Landtagsfraktion als Erstes mit dem Beschluss des Parteivorstandes befasst, die PDS in „Die Linkspartei.“ umzubenennen. Wie wurde dieser Vorschlag diskutiert?

Solch eine Veränderung ist nie unproblematisch. Ein Name steht ja für Identität – auch ganz persönliche – und Inhalte gleichermaßen. Wir wollen und werden um unsere Identität und Programmatik kämpfen. Wir haben uns in den letzten 15 Jahren auch etwas erar-

beitet, um das es sich lohnt zu kämpfen. Ich gehe davon aus, PDS wird auf dem Wahlzettel erscheinen.

Darum sollten wir die Debatte um den Namen auch beenden und uns darauf konzentrieren, warum wir in den nächsten Deutschen Bundestag als Fraktion einziehen wollen. Wir müssen rein in die programmatische Debatte.

Die SPD hat nun Lohnerhöhung und „Reichensteuer“ wiederentdeckt. Siehst du hier die Aussage von Lothar Bisky bestätigt: „die Linkspartei wirkt schon“?

Natürlich ist spürbar, dass es den anderen nicht gefällt, wenn eine starke linke Fraktion im nächsten Bundestag sitzt. Genau das würde ja verhindern, dass nach der Wahl die Große Koalition des Sozialabbaus ungestört weitermachen kann. Auch wenn die anderen nicht müde werden zu betonen, ihr Weg sei alternativlos: Es gibt Alternativen! Das müssen wir im Wahlkampf deutlich machen. Ein Wort noch zu den erwähnten Ankündigungen: Die Menschen wissen sehr genau, welche Politik in den letzten Jahren Realität geworden ist. Und darum wissen sie auch, wie viel Glauben sie solchen Versprechungen schenken können.

Welche Antworten muss die PDS geben, um nicht beim Sozialprotest gegen Hartz IV stehen zu bleiben?

Sich darauf zu beschränken, die Reformen rückgängig zu machen, würde zwar den Betroffenen ein Stück weit helfen – und darum ist es auch richtig, das zu fordern – aber es löst ja die gesellschaftlichen Probleme insgesamt nicht. Wir haben in unserer Agenda Sozial! Wege aufgezeigt, wie wir die Gesellschaft gerechter gestalten können, ohne die Augen vor den objektiven Problemen zu verschließen. Mindestlohn, Bürgerversicherung, Wertschöpfungsabgabe, Steuererechtigkeit, aktive Beschäftigungspolitik etc. – zu all diesen Dingen haben wir Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir bleiben nicht stehen, wir denken weiter.

Woher beziehst du die Kraft für deine Arbeit?

Meine Familie ist nicht besonders groß, aber umso wichtiger für mich. Vor einem Jahr habe ich meinem Lebenspartner das Jawort gegeben. Es tut gut, jemanden zu haben, der einen auffängt und unterstützt – und auch dafür sorgt, dass nicht auch zu Hause von früh bis abends über Politik geredet wird. Ich hoffe, dass es mir gelingt, ihm die gleiche Aufmerksamkeit und Unterstützung zurückzugeben. Dafür ist eine Partnerschaft ja schließlich da.

Lieber Wulf Gallert, lieber Matthias Höhn, wir danken euch für das Gespräch.

| Anke Lohmann, Dr. Martin Reso



Der PDS ist es nicht gelungen, im Westen der Republik Fuß zu fassen. Mit diesen Worten leitete Gregor Gysi, noch von der breiten Öffentlichkeit unbemerkt, den aktuellen Versuch einer politischen Fusion ein. Das Eingeständnis wurde nicht begeistert in den eigenen Reihen aufgenommen – was alle wissen, muss ja nicht laut ausgesprochen werden. Wenige Tage später tritt ein zweiter Mann an, mit seinem Austritt aus der SPD.

Von der PDS zur Linkspartei

Namen, Motive, Chancen

■ Mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi finden sich zwei Zugpferde, die helfen, die Idee einer neuen Linkspartei fassbar zu machen, fassbarer als sie eigentlich ist. Denn es spielt in der öffentlichen Wahrnehmung erst mal keine Rolle, dass Lafontaine weder Vorstandsmitglied der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), noch dass Gysi zu diesem Zeitpunkt nicht in Amt und Würden innerhalb der PDS ist. Als jeweils prominente Vertreter aus Ost- und Westdeutschland, deren Gemeinsamkeit erst einmal daraus besteht, konträr zur Regierungspolitik zu stehen, schaffen sie es, durch ihre Verabredung Hoffnung auf ein Zusammengehen bisher konkurrierender Kräfte zu geben.

Währenddessen fragen sich die Mitglieder von PDS und WASG, wann denn die Liebe zueinander so heftig entbrannt ist, vom Flirt haben nämlich die wenigsten etwas mitbekommen. Dennoch taucht schnell das Prädikat der „Historischen Chance“ auf, das die Sehnsucht einer vereinten Linken auf einen Prozess projiziert, der mehr das Ergebnis der Sinn- und Wirtschaftskrise der Berliner Republik, als der eines linksprogrammatischen Zuwachses ist.

Die Krise ist es, die die Wellen des öffentlichen Interesses bis zur Begeisterung für eine Einigung zwischen PDS und WASG so hoch schlagen lässt. Denn auch die hohen Umfragewerte für die CDU nach dem Einbrechen der SPD und den angekündigten Neuwahlen sind nicht Zahlen der Hoffnung sondern Zahlen des Verzweifels. So als wollte man nun das Original für die Agenda 2010 im Kanzleramt sehen. Der parteipolitische Raum links von der SPD und den Grünen vergrößert sich mit jeder Hartz IV-Beratungsstelle. (Rechts



davon sind die Anbieter einfacher Lösungen zumindest in Sachsen und in Brandenburg bereits erfolgreich aufgestellt.) Kein Wunder also, dass die Öffentlichkeit das vermeintlich von der Sozialdemokratie verlassene Feld mit neuen Spielern besetzt sehen will. Daraus entsteht nicht nur Druck auf Verhandlungspartner – die PDS möchte auf keinen Fall ein gesamtdeutsches Projekt verhindern – es entsteht auch eine Euphorie, in der Störfaktoren wie „Fremdarbeiter“-Attacken zwar nicht ignoriert, aber erst einmal nur kritisch kommentiert werden.

Prognosen für den Stimmenanteil einer Linkspartei zur Bundestagswahl von elf Prozent haben ihre Wirkung. Auch auf das größtmögliche – symbolische – Entgegen-

kommen in den Verhandlungen. Der Name „PDS“, der eigentlich nie zur Disposition stand, ist freigegeben. Am 17. Juli 2005 will der Parteivorstand den Delegierten in Berlin die Umbenennung der Partei in „Die Linkspartei.“ vorschlagen. Noch am Wochenende des Landesparteitages in Sachsen-Anhalt am 18. und 19. Juni schien dies ausgeschlossen. Alle Rednerinnen und Redner, darunter Lothar Bisky und Petra Pau, betonten – neben dem Willen zur weitreichenden Öffnung mit programmatischen Ansprüchen – eine unverrückbare Bedingung: „Wo PDS drin ist, muss PDS drauf stehen.“ Mit dem Parteivorstandsbeschluss rückte drei Tage später der demokratische Sozialismus hinter den Punkt. Nicht mehr über die Zusätze vor dem Namen wurde gesprochen, die „PDS“ ist zum Zusatz geronnen. Zum Einen gäbe es rechtlich keine Alternative, heißt es aus den Spitzengremien der Partei, zum Anderen weigerten sich die Vertreter der WASG beharrlich gegen die altbekannte Bezeichnung der „Ostpartei“. Zu tief sitze das Misstrauen, um wählbare Option im Westen zu sein.

In der ersten – gelinde gesagt – Überraschung überwog die Verwunderung, warum sich ein 60.000 Mitglieder starker Parteiverband von einem Verhandlungspartner mit einem Zehntel der Mitglieder (plus Oskar Lafontaine) in solch hohem Maß Bedingungen diktieren lässt. So sehr dieses Zahlenverhältnis stimmt – es übersieht eine Differenzierung. In den westdeutschen Bundesländern verhandelt die WASG, was die Zahl ihrer Mitglieder betrifft, durchaus auf gleicher Augenhöhe mit der PDS. Dort, wo es den Sozialisten bisher nicht gelang, Mitglieder und Wähler in wahlentscheidenden Größenordnungen für sich zu gewinnen, hat es die WASG in Monaten geschafft, eine vergleichbare Zahl von Mitstreitern zu bündeln. Hier liegt die Stärke der WASG, eine politische Option im Teil Deutschlands zu sein, der nicht nur geographisch für die PDS fast ein weißer Fleck, sondern mit 65 Millionen Einwohnern auch der deutlich größer proportionierte politische Raum Deutschlands ist. Die flächendeckenden Strukturprobleme des Ostens finden sich ebenso in Regionen der alten Bundesländer, die Antworten der PDS wollte man dort dennoch nur im Einzelfall hören. Aus der Hoffnung auf eine künftige gesamtdeutsche linke Partei resultiert die Entscheidung, notfalls auf die Marke „PDS“ zu verzichten. Und aus der Hoffnung, mit den offenen Listen der PDS/Linkspartei diesen Weg mit dem Einzug in den Bundestag beginnen zu können. Diese – ganz eigennützigen – Motive erklären mehr, als das ins Sagenhafte gehobene Verhandlungsgeschick von gewerkschaftlich geschulten Verhandlungspartnern. (Die im Übrigen auf beiden Seiten sitzen.)

Um so größer ist die Enttäuschung vieler Genossinnen und Genossen, auch in den

westlichen Landesverbänden, die ganz bewusst in und für die Partei eingetreten sind. Und diejenigen Mitglieder in Ostdeutschland, die den Weg der PDS aus der SED mitgestaltet haben, erinnern sich an die Anfeindungen auf diesem politischen Weg, der kein populärer war. Die Feststellung, eine wiederholte Neuetikettierung erst 1990, dann 2005 ändere doch nichts an der Substanz, ist erst einmal nicht von der Hand zu weisen. Und doch ändert sich mehr als die Hülle. Die PDS ist nicht mehr dieselbe wie die SED-PDS. 15 Jahre haben Menschen, politische und persönliche Ansichten verändert. Mit dem Magdeburger Modell begann für die Partei und vor allem ihre Mandatsträger die große und zugleich begrenzte Aufgabe, die Vorstellungen demokratischer Sozialisten im Hier und Heute in Regierungsverantwortung durchzusetzen. Zwischen Kinderbetreuungsgesetz und Verfassungsschutzbericht pendelte die öffentliche Wahrnehmung und Reflexion der PDS. Eine Herausforderung, der sich so keine andere Partei stellen musste und muss. Vielleicht reflektiert keine andere Partei auch deshalb ihre linken und rechten Ränder so empfindlich und kontrovers.

Wenn sich jetzt auch das Gefühl einer Kränkung aufgrund der Aufgabe des alten Namens einstellt, hat dies vor allem zwei Gründe. Es wird erstens als Entwürdigung der geleisteten Arbeit und des Einstehens für die damit verbundene politische Aussage während der vergangenen Jahre empfunden. Und zum Zweiten geht es um Zeit und Demokratie. Hat sich der jeweils individuelle und organisationssoziologische Weg zur PDS 2005 über mehr als ein Jahrzehnt erstreckt, soll sich die nun angedachte Veränderung in nicht einmal vier Wochen vollziehen.

Dabei ist der Beschluss eines Namens das Eine, die kulturell-politische Fusionierung, die sich damit verbinden soll, das Andere. Eigentlich ist die umgekehrte Reihenfolge richtig, vielleicht endet „Die Linkspartei.“ deshalb mit dem Schlusszeichen Punkt. Die PDS hat nun den Druck der Öffentlichkeit zu einem internen gemacht. Nur mit dem Gelingen der Umbenennung der Partei im Juli in Berlin ist der geschlossene Wahlkampf überhaupt möglich. Wohl auch deshalb ist das letzte Wort darüber noch nicht gesprochen, wie und wo sich der Namenszug „PDS“ im Vorschlag an die Delegierten finden wird. Und selbst wenn die Umbenennung glückt und die programmatischen Abstimmungen mit der WASG oder ihrem Spitzenkandidaten dennoch scheitern, die Einladung an die gestalterischen linken Kräfte ist in einer Deutlichkeit ausgesprochen, die es so noch nicht gab. Die Notwendigkeit eines linksprogrammatischen und -analytischen Zuwachses besteht so oder so.

| **Anke Lohmann**

■ 24. Juni 2005. Ich bekomme viel Post, zunehmend zu den laufenden Verhandlungen zwischen der PDS und der WASG, vor allem aus den alten Bundesländern. Die Meinungen sind so unterschiedlich, wie ich sie innerhalb der PDS und in deren Umfeld erlebe. Da schwingt Euphorie mit und da keimt Hoffnung. Zugleich gibt es Bedenken und Ängste. Aber alle Zuschriften bezeugen: Es kommt Bewegung in die etablierte politische Starre. Und das ist gut.

Seither werde ich auch immer wieder von Medien zu meiner Sicht befragt. Sie wird dann in Halbsätzen verbreitet, mal eine neue Linke befürwortend, mal die PDS be-

PDS & WASG und viel mehr

wahrend. Das greift natürlich jeweils zu kurz. Deshalb beschreibe ich in - unvollständigen - Thesen meine aktuelle Sicht.

- Die „soziale Frage“ ist für mich eine zentrale politische Frage. Sie war es immer. Sie galt „offiziell“ lange als nachrangig. Sie wurde medial zugeschüttet. Spätestens mit „Hartz IV“ ist sie wieder massiv spürbar.

- Meine Sicht geht noch weiter: Ich halte die gesamte „Agenda 2010“ von Bundeskanzler Schröder und der rot-grünen Koalition für einen Gegenentwurf zu einem modernen, sozialen Bürgerrechtsstaat.

- Das führt mich auch zu der Empfehlung: Es geht bei den vorgezogenen Neuwahlen nicht um „Schröder oder Merkel“. Zur Volksabstimmung stehen die Politik und die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland.

- In diesem Kontext gibt es Bemühungen linke Kräfte zu bündeln, die bislang nebeneinander oder gar gegeneinander agieren. Das finde ich grundsätzlich wichtig und deshalb engagiere ich mich dafür.

- Es ist ein großes Manko, dass es in Deutschland bisher keine bundesweit relevante „Linke“ gibt. Das hat es der SPD auch erleichtert, nach rechts zu driften, was wiederum Millionen Menschen in sozialer Kälte bezahlen.

- Nun gibt es im Umfeld der PDS ein geflügeltes Wort: „Vertragt euch doch, ihr Linken!“ Ernsthaft wird es immer dann gesprochen, wenn Klärungen anstehen, die weh tun könnten und die man nicht will.

- Es geht aber nicht um Verträgen oder Betragen. Es geht um Politik, um Interessen, um Strategien und Programme. Es geht um Erfahrungen und Hoffnungen, um Risiken und Chancen, also um Abwägungen.

- Für all das bleibt aktuell wenig Zeit. Es gibt ein „historisches Fenster“, heißt es und

das stimmt wohl. Also gilt auch das gute alte Sprichwort: „Wer nicht wagt, der nicht gewinnt.“ Ich will wagen, aber auch gewinnen.

- Seit Spekulationen über eine mögliche Kooperation zwischen PDS und WASG ein bundesweites Medien-Thema sind, seither kam ein dritter Partner hinzu: Eine öffentliche Erwartung. Sie „verhandelt“ mit.

- Es ist wie an der Börse. Ein neues Produkt wird angekündigt. Es gibt es noch nicht, aber es wird schon hoch gehandelt. Die neue „Linksaktie“ ist bei der „Sonntags-Frage“ aktuell mit acht bis zehn Prozent dotiert.

- Das ist ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - eine politi-

sche Innovation, eine überfällige. Deshalb werbe ich dafür. Aber alles hat seinen Preis und auch der will kalkuliert sein.

- Wie an der Börse gilt: Wer „Gewinnwartungen“ streut, verliert. Wer das Produkt lädiert, riskiert Abschlüge. Die Umfragen spiegeln Erwartungen, sie sind spekulativ, sie können platzen: Aber sie sind messbar da.

- Zugleich gibt es Risiken. Auch sie gehören für mich zur Preis-Frage. Für mich gibt es derzeit drei „Preise“, die ich nicht zahlen möchte.

a) Ich bin nicht bereit, das Markenzeichen PDS zu vernichten. Ein neuer Name, z.B. „Die Linkspartei“, kann sein. Aber nicht ohne „PDS“. Ich will Wählerinnen und Wähler weder enttäuschen, noch täuschen.

b) Ich bin nicht bereit, linke Positionen aufzugeben, z. B. für Bürgerrechte und Demokratie, gegen Rassismus und Nationalismus. Das ist keine PDS-Frage, das ist keine WASG-Frage, das ist eine linke Zukunfts-Frage.

c) Ich bin nicht bereit, mich auf Opposition gegen die „Agenda 2010“ beschränken zu lassen. Sie ist wichtig. Aber sie ist mir politisch zu dünn und strategisch zu eng. Es geht um gesellschaftliche Alternativen.

- Auch deshalb werbe ich dafür, den Namensstreit ernst zu nehmen, aber zugleich und endlich miteinander über Politik zu reden, über linke Politik. Das fehlt bislang. Es ist also höchste Zeit für konstruktive Signale.



Petra Pau

Petra Pau ist Abgeordnete der PDS im Bundestag. Mehr unter www.petra-pau.de

■ Sachsen-Anhalt steht am Scheideweg. Ein Richtungswechsel ist dringend notwendig. Nur wohin? Klar ist: Ein „Weiter so!“ kann es nicht geben, genauso wenig wie eine rückwärts gewandte Politik nach dem Vorbild des 70er-Jahre-Sozialstaates. Die Industriegesellschaft des vergangenen Jahrhunderts ist passé. Die Wandlungsprozesse z.B. in der Arbeitswelt sind zum Greifen spürbar. Quantitatives Wachstum hat längst seine Zauberkraft für Arbeit und Wohlstand verloren. Die Zukunft liegt darin, besser zu sein als die anderen und eben nicht billiger.

Innovation

Zum Leitantrag von Wittenberg

Vorsorge geht vor Nachsorge

Wenn Sachsen-Anhalt ein Potenzial hat, worauf es aufbauen kann, dann sind es die Menschen, die hier leben. Daher ist für uns die individuelle Perspektive jedes Einzelnen nicht trennbar von einer lebenswerten Perspektive für unser Land. Über 14 Prozent der Jugendlichen in Sachsen-Anhalt verlassen die Schule ohne jeden Abschluss. Wenn es denn richtig ist, dass Wissen die entscheidende Ressource ist und in noch zunehmendem Maße werden wird, dann wird die Dramatik dieser Zahl deutlich. Welche Zukunft bietet sich einem jungen Menschen ohne Schulabschluss? Und welche Zukunft hat ein Land, das eine so große Zahl an Jugendlichen gleich zu Beginn ihres Lebens in eine Sackgasse geführt hat? Darum sprechen wir auch von der Notwendigkeit einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik statt nachsorgender Sozialpolitik. Politik ist dann erfolgreich, wenn die Menschen in die Lage versetzt werden, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und zu gestalten, und sie damit verhindert, dass Menschen überhaupt erst in die Situation kommen, gesellschaftliche Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Es ist doch gesellschaftlicher Irrsinn, solche Versäumnisse in den ersten 15, 16 Jahren eines Lebens hinzunehmen, um sie für einen sehr viel längeren Zeitraum danach über das Mittel der nachsorgenden Sozialpolitik auszugleichen.

Bildung und Wissenschaft stehen im Zentrum

Wir müssen in Sachsen-Anhalt allen einen gerechten Zugang zu Bildung und Wissenschaft ermöglichen. Es ist nicht hinzunehmen, dass so viele Kinder bereits im Vorschulalter in den Kindertagesstätten aus dem ganztägigen Bildungsangebot ausgeschlossen werden. Unstrittig ist: Die wichtigsten Weichen der Bildungskarriere jeder und jedes Einzelnen werden in diesem Zeitraum gestellt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die

Arbeitslosigkeit der Eltern die Lebensperspektive ihrer Kinder wird, noch bevor sie in die Schule kommen! Das Bildungssystem der Bundesrepublik hat aber nicht nur ein Problem beim Zugang und der Chancengleichheit. In zahlreichen Studien ist immer wieder belegt, wir haben auch ein massives Problem in der Spitze. Wir setzen darauf, durch bessere individuelle Förderung die Begabungen und Potenziale jedes Einzelnen aktiv zu fördern – im Interesse des Kindes wie der Gesellschaft gleichermaßen. Spitzenwissenschaft darf nicht länger eine

Frage der sozialen Herkunft sein, sondern muss bewusstes Ziel linker Bildungspolitik werden. Wir brauchen mehr Menschen mit hoher und höchster Bildung, und eben nicht weniger. Wer glaubt, wir kämen dauerhaft mit einer Studierquote von unter 30 Prozent über die Runden, hat eben die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Regionalisierung statt Leuchttürme

Für uns gibt es die Alternative „Leuchttürme“ oder „Gießkannen-Prinzip“ in der Landesentwicklung nicht. Wir gehen davon aus, dass wir für die unterschiedlichen Regionen mit ihren differenzierten Potenzialen und Gegebenheiten auch differenzierte Konzepte brauchen. Ein besonderes Augenmerk legen wir hier auf die Entwicklung der ländlichen Räume. Sie sind besonders von einem überdurchschnittlichen Bevölkerungsverlust und einer unterdurchschnittlichen Finanzausstattung betroffen. Die Thesen der Landtagsfraktion zur Zukunft der ländlichen Räume ebenso wie das bildungspolitische Projekt Schul Umfeld versuchen, strategische Handlungsoptionen für diese Regionen aufzuzeigen. Regionale Identität und Entwicklungsperspektiven verlangen aber nicht nur nach spezifischen Konzepten, sondern auch nach Verwaltungs- und Kommunalstrukturen, die dem Rechnung tragen. Starke und leistungsfähige Regionen haben in Europa eine Chance, lokale Kirchturmpolitik hat sie nicht!

PDS als Bürgerrechtspartei

Teilhabe an der Gesellschaft ist nicht nur eine soziale Frage. Teilhabe verlangt in gleichem Maße ebenso stabile demokratische Strukturen und umfassende Bürgerrechte. Die PDS ist nicht nur eine Partei der sozialen Gerechtigkeit. Die PDS ist auch eine Bürgerrechtspartei! Wir stehen für eine offene Gesellschaft. Das heißt für uns, dass es nicht Aufgabe des Staates ist und sein darf, den Menschen alle wichtigen Entscheidungen

abzunehmen oder sie ihnen aufzuzwingen. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Aber wir brauchen ihn, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Menschen eigenständig über ihr Leben bestimmen können. Und offene Gesellschaft heißt für uns ebenso Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und -entwürfe, heißt für uns gerechte Teilhabe für alle, unabhängig ihrer Herkunft, ihres Geschlechtes, ihrer Weltanschauung oder ihrer sexuellen Orientierung. Genau darum ist auch der Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für uns kein Wahlkampfthema, sondern eine ständige Aufgabe und Verpflichtung. Wir werden in diesem Kampf aber allein nicht erfolgreich sein. Rechtes Gedankengut ist längst keine gesellschaftliche Randerscheinung mehr. Vieles hat sich tief in der Mitte der Gesellschaft festgesetzt. Darum brauchen wir ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis. Wir brauchen kontinuierliche Arbeit. Und wir brauchen Verlässlichkeit der Politik. Verlässlichkeit denjenigen gegenüber, die sich Tag für Tag dieser Aufgabe stellen.

Um Mehrheiten werben

Unsere inhaltliche Richtung haben wir auf dem zurückliegenden Parteitag vorgegeben. Jetzt gilt es, dies in ein werbendes Wahlprogramm zu gießen. Wir suchen den Diskussionsprozess zu unseren Konzepten vor allem außerhalb der PDS. Wir wollen Mehrheiten gewinnen. Mehrheiten für eine Alternative in Sachsen-Anhalt.



Matthias Höhn

Matthias Höhn ist Landesvorsitzender der PDS Sachsen-Anhalt.

Für einen zukunftsfähigen Landesverband

Die PDS befindet sich in einem Trend, den Organisationen und Institutionen in Deutschland verstärkt erfahren. Parteien, Gewerkschaften und Kirchen kämpfen mit rückläufigen Mitgliederzahlen und knapper werdenden Finanzen. Für den Landesverband, auch für die gesamte PDS, tritt ein, was in vielen vollgeschriebenen Papieren bereits eingeschätzt wurde, wir werden weniger und damit unsere finanziellen Ressourcen. Mitglieder und Beitragseinnahmen werden sich bis 2007 in etwa halbieren.



Der Zeitpunkt war gekommen auf dem Wittenberger Parteitag schmerzhaft Entscheidungen zu treffen. Der von einer Arbeitsgruppe vorbereitete Antrag „Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-Anhalt? – ein Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010“ enthielt ein sensibles Thema – die Schließung

der Geschäftsstellen in den Kreisverbänden. Die Frage stand und besteht weiterhin, wie organisieren sich die Mitglieder zukünftig, wie arbeiten wir künftig miteinander. Sicher erscheint mir, jeder von uns braucht den Mut zur Veränderung. Ein weiter so kann es und wird es nicht geben. Geld ist da wohl doch realer als Wünsche.

Wir wollen diese strukturelle Veränderung behutsam, aber konsequent. Hängen doch viel Herz und Zeit an den Geschäften. Trennung fällt immer schwer. Oft kommt das Argument, die „Alten“ wollen keine Veränderungen mehr. Mir sagen meine Erfahrungen etwas anderes. Sich verändern zu wollen ist nicht abhängig vom Alter. Die Persönlichkeit und ihre Erfahrungen spielen hier eine wichtige Rolle. Und wir müssen mit den Bedingungen lernen umzugehen. Ich glaube, viele Menschen in diesem Land setzen große Hoffnungen in uns, in uns als Partei und in uns als Mitglieder. Diese Gesellschaft braucht aus meiner Sicht eine sozialistische Alternative. Für mich Motivation genug, sich neu zu sammeln, auch strukturell.

Wie stelle ich mir einen handlungsfähigen Landesverband vor?

Die Mitglieder der „ehemaligen Kreisverbände“ finden sich in Regionen zusammen. Mittelpunkt bildet eine Regionalgeschäftsstel-

le mit einem hauptamtlichen Mitarbeiter. Dieser koordiniert Organisation, Verwaltung, Kommunikation und bietet technische Möglichkeiten an. Damit liegt der Schwerpunkt auf ehrenamtlicher Tätigkeit, unserem wichtigsten Pfand. Die Kommunikationslinien liegen in der Hand der Vorstände, zukünftig der Regionalvorstände, die durch Basisorganisationen und deren Vorstände unterstützt werden. Denn nur dort kennt doch jeder „seine“ und „ihre“ Genossinnen und Genossen. Da werden sich sicher Treffpunkte für politische Diskussionen ergeben, sei es privat, sei es in Gaststätten und Kneipen, sei es bei Vereinen und Verbänden. Wir müssen alle Möglichkeiten, miteinander in Verbindung zu treten, nutzen. Und dies bedeutet zuerst Pflege unserer Kontakte, der Adressen, Telefonnummern, aber auch die Berücksichtigung von Interessen und Wünschen unserer Genossinnen und Genossen.

Und zu guter Letzt heißt es, unsere politischen und programmatischen Ansätze unter die „Leute“ zu bringen. Das aber vor allem auch außerhalb von Wahlkämpfen. Ich sehe unsere gut informierten Mitglieder auf der Straße, im Wohngebiet oder in Vereinen und Verbänden im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern. Wir leisten bereits erfolgreiche Arbeit in den Räten der Kommunen. Genau an dieser Stelle sollten wir unsere Kräfte bündeln und Erfahrungen austauschen.

Politisch wollen wir die „Zukunft durch Innovation“ gestalten und in diesem Zusammenhang meine ich, wir brauchen Innovation zuerst im Inneren. Nur wer sich bewegt, kann sich verändern. Ich bin mir fast sicher, die Menschen um uns herum bemerken diese Veränderungen und würden dies mit ihrer Stimme honorieren. Junge Menschen, die momentan zu uns kommen, sind sehr ungeduldig. Sie wollen dazu gehören, sie wollen mitmischen. Gebt ihnen eine Chance.

Am Ende bin ich dann doch wieder beim Geld. Und stelle die Frage, wie viel Geld ist denn notwendig, um Politik an die Frau oder den Mann zu bringen? Diese Frage ist, nach meiner Meinung, schwer zu beantworten. Ist sie überhaupt zu beantworten? Auf jeden Fall bedeutet die Mitgliederentwicklung und die damit verbundene finanzielle Entwicklung eine Herausforderung. Ich biete jedem Mitglied und denen, die es werden wollen, an, dabei zu sein, andere Wege zu gehen.



Corinna Pilatzki

Corinna Pilatzki ist Schatzmeisterin der PDS Sachsen-Anhalt.

Reformen müssen Sachsen-Anhalt nutzen

Seit über sechs Jahren kämpft die PDS darum, in Sachsen-Anhalt eine Funktions- und Aufgabenteilung der öffentlichen Hand zu erzielen, die deutlich die kommunale Ebene stärkt, mehr demokratische Mitbestimmung vor Ort ermöglicht und den Landesaufbau deutlich strafft. Auf ihrem 9. Parteitag hat sie diese, auf aktuelle und zukünftige Erfordernisse ausgerichteten Vorstellungen in einem Struktur-, Funktional- und Verwaltungsreformkonzept vorgelegt. Konkret beinhaltet es:

Termine

Landesvorstand

17. Juli 2005, 11.00 – 14.00 Uhr

BCC (Kongresshalle am Alexanderplatz), Berlin, Außerordentliche Tagung des 9. Bundesparteitages zur Statutenänderung (Namensänderung)

19. Juli 2005, 19.00 – 21.00 Uhr

Hotel Stadtfeld, Maxim-Gorki-Straße 31/37, Magdeburg, Außerordentliche 2. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt zur Änderung der Satzung (Namensänderung)

30. Juli 2005, 10.00 Uhr

Fuxbau Hettstedt, Obertor 2, Landesvorstandssitzung

16. August 2005, 18.30 Uhr

Blumenstraße 16, Halle, Landesvorstandssitzung

27. August 2005

Hotel Estrel, Berlin, 2. Tagung des 9. Bundesparteitages zur Beschlussfassung über das Bundestagswahlprogramm

6. September 2005, 18.30 Uhr

Ebendorfer Straße 3, Magdeburg, Landesvorstandssitzung

1. Im Verlaufe der letzten 15 Jahre ist auf kommunaler Ebene das Kräftedreieck zwischen Bürger, Kommunalpolitiker und Verwaltung deutlich in die Schiefele zu Gunsten der Verwaltung geraten. Unverzüglich ist deshalb die Strukturreform mit einer kommunalen Politikreform zu verbinden. Die PDS steht für ein offensives Modell von Bürgergesellschaft und Bürgerkommune. Wir wollen die Potentiale bürgerschaftlichen Engagements besser als bisher erschließen. Es geht um eine neue Balance zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Staat und Verwaltung. Für den Staat geht es um Machtabgabe, für die repräsentative Demokratie auf kommunaler Ebene trifft das ebenfalls zu. Eine neue Kultur in der Kommunalpolitik heißt letztlich „Mehr Demokratie wagen“.

2. Eine deutliche Stärkung der kommunalen Ebene mit einem mehr an Demokratie vor Ort wird insbesondere auch durch die Verlagerung staatlicher Aufgaben in die Kreise erreicht. Nach unserem Konzept sollen die staatliche Schulaufsicht einschließlich des Lehrpersonals, die Aufgaben der Sozialagentur, die Entscheidungen über EU-Fördermittel insbesondere für den ländlichen Raum, die Regionalplanung, die Forst- und Landwirtschaftsverwaltung, Aufgaben des Arbeitsschutzes und der Gewerbeaufsicht kommunalisiert werden. Damit wird das Landesverwaltungsamt als Mittelbehörde verzichtbar. Sachsen-Anhalt würde damit die Zweistufigkeit der Verwaltung umsetzen, während sich die Koalition an einem verstaubten Verwaltungsmodell festkrallt.

3. Eine umfassende Kommunalisierung von Aufgaben setzt zwingend neue Kreiszuschnitte voraus. In dieser Frage haben sich die Positionen der PDS weiter entwickelt. Mit Blick auf Wirtschaftsregionen und auf die Aufnahmefähigkeit von vormaligen staatlichen Aufgaben in die Kreisstrukturen werden Regionalkreise als Zukunftsmodell favorisiert. Diese Überzeugung teilen in der Zwischenzeit kommunale Akteure in mehreren Regionen, z.B. im Harz und in Anhalt. Die PDS kämpft um die Regionalkreise Halle, Anhalt, Harz, Magdeburg und die Altmark. Auch im Interesse der Lösung des Stadt-Umlandkonfliktes wird es keine kreisfreien Städte mehr geben. Wenn die PDS in der nächsten Legislatur durch den Wähler in Verantwortung genommen wird, dann sollte die Reform in einem Zug bis 2009 umgesetzt

werden. Sachsen-Anhalt kann sich keine weiteren Kreisgebietsreformen mehr leisten.

4. Die Reform der gemeindlichen Verwaltungsstrukturen durch CDU und FDP hat die entscheidenden Defizite dieser Ebene nicht beseitigt. Aufgaben mit überörtlicher Bedeutung werden nach wie vor nicht überörtlich entschieden, der Verwaltungsaufwand ist bei der Vielzahl der Mitgliedsgemeinden viel zu hoch. Deshalb strebt die PDS an, nach 2009 nur noch Verwaltungsgemeinschaften zu billigen, deren Mitgliedsgemeinden Aufgaben von überörtlicher Bedeutung in die Entscheidungskompetenz der Gemeinschaftsaus-schüsse verlagern. Die Anzahl der einer Verwaltungsgemeinschaft zugehörigen Mitgliedsgemeinden ist auf maximal zehn zu begrenzen. Die Größe der einzelnen Mitgliedsgemeinden wird nicht festgeschrieben. Zusammenschlüsse innerhalb der Verwaltungsgemeinschaften sind nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten zu vollziehen.

5. Das kommunale Ehrenamt wurde in der gesamten Reformdebatte zu Unrecht vernachlässigt. Tatsache ist, dass es hohe Zeit wird, das kommunale Ehrenamt zu stärken. Die Arbeitsweise, angebotene Fortbildungen, die materiellen und finanziellen Rahmenbedingungen sind deutlich auf die derzeitigen und künftigen Erfordernisse auszurichten. Dazu bedarf es zuerst der Einsicht der kommunalen Mandatsträger selbst, dass sie die politischen Impulsegeber für neues, auf bürgerschaftliches Engagement ausgerichtetes kommunalpolitisches und Verwaltungshandeln sind. Verwaltungen müssen noch stärker als Dienstleister und Manager für bürgerschaftliches Engagement ausgerichtet werden. Die Verwaltungen beider Ebenen (Kreis und Gemeinde) haben zu garantieren, dass Verwaltungsleistungen für den Bürger aus einer Hand angeboten werden. Durch Verwaltungskooperation sind alle Bürgeranliegen auf der gemeindlichen Ebene zu entscheiden. Die MitarbeiterInnen in der Verwaltung sind umfassend in den Reformprozess einzubeziehen.

6. Erstmals wurde in dem Beschluss des Parteitages verdeutlicht, dass die PDS eine Fusion der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mittelfristig anstrebt. Ein funktionierender Föderalismus setzt voraus, dass die Länder einen „europatauglichen“, zukunftsfähigen Zuschnitt aufweisen und Wirtschaftsregionen nicht durch Ländergrenzen zerschnitten werden. Die PDS wird sich aktiv für die Umsetzung dieses Reformkonzeptes engagieren und dafür um gesellschaftliche und politische Mehrheiten werben.



Helga Paschke

Helga Paschke ist Vizepräsidentin im Landtag Sachsen-Anhalt. Sie arbeitet in der PDS-Fraktion zur Verwaltungsmodernisierung.



Der Architekt des Denkmals, Peter Eisenman, im Interview.

Hart wie Stein

Ich hatte es mir größer vorgestellt. In den Presseberichten über das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin war immer von einem gigantischen Stelenfeld die Rede. Verlorenheit und Bedrohlichkeit sollten sich beim Besucher einstellen, so die Absicht des amerikanischen Architekten Peter Eisenman, dessen Entwurf Grundlage des Mahnmals ist.

■ Wir betreten das Feld von der Ecke Hannah-Arendt-Straße aus. Hat man erst einmal die tieferliegende Fundamentierung an dieser Stelle durchschritten, wird das Gelände schnell überschaubar. Wir laufen durch die Achsen – in Erwartung des angekündigten Eindruckes. Die Assoziation von Verlorenheit stellt sich nicht ein. Außer Härte und Erbarmungslosigkeit, die man gerne mit den kalten Eigenschaften von Stein umschreibt, um die Täterseite zu charakterisieren, fällt mir im ersten Moment am Denkmal für die Opfer nichts ein. Bedrohlich wirkt es auch nicht auf uns, es ist ein heißer Frühsonnertag und die Stelenabschnitte, die unsere Köpfe überragen, spenden Schatten. Zudem herrscht fast ausgelassene Atmosphäre unter den Besuchern, eingestellt durch das spielerische Auf- und Abtauchen zwischen dem grauen Stein. (Dagegen wirkt das viel kleinere Säulenfeld im Garten des Jüdischen Museums in Kreuzberg irritierender, es verlängert die zerklüftete Architektur des Hauses in den Außenbereich.)

„Ein Ort, wo man gerne hingehet“ (Gerhard Schröder), ist es hier in Berlin Mitte geworden. Am anderen Ende des Feldes, der Seite, die die Besucherströme vom Potsdamer Platz heranzuführt, wird es touristisch. Hier ist das Denkmal Ausflugsmotiv, im Minutentakt stellen sich lächelnd besonders die weiblichen Gäste und Reisegruppen zwischen den dort in die Höhe anschwellenden Blöcken in Position. Ich frage mich, wie man die Fotos zu Hause zeigt: „Hier, so sieht das Mahnmal in Berlin aus“ so verstehe ich das ja, aber „Hier, Erika im Stelenfeld“? Hier haben auch die Sicherheitskräfte mehr zu tun, in blauen Jacketts umlaufen sie die Ränder und ermahnen beim Springen und Lärmen.

Kurz, das Mahnmal ist ein Spektakel. Das Stelenfeld schließt die Sightseeing-Lücke zwischen Potsdamer Platz und der Straße Unter den Linden. Jahrelang war das Gelände Grenz- und Niemandland und später der Ort der Umgehungsstraße für allen Verkehr, der das Brandenburger Tor nicht

durchfahren durfte. Das, was Initiatoren und Architekt zur überfälligen Erinnerung an die Opfer geschaffen haben, bewerten dagegen Kritiker als monumentale Entsorgung, als „Parken“ von historischer Verantwortung. Und damit meine ich ausdrücklich nicht jene Gegner, die mit diesem Ort, wenn schon denn schon, quer durch Kriegsverläufe und Verantwortlichkeiten, allen Opfern des Krieges gedenken wollen. Der Holocaust erklärt sich nun mal nicht als Kriegsverbrechen unter anderen.

Aber ein Menetekel, das nach ästhetischen Gesichtspunkten entworfen und so wie hier als Kunst im öffentlichen Raum umgesetzt wurde, ist keines. Wie sehr man sich zwischen symbolischer Konzeption des Ortes und dem Bedürfnis nach historisch Konkretem verzetteln kann, haben nicht zuletzt die „Zahnaffären“ bewiesen, auch die um Lea Rosh. Die Publizistin gilt als die aktivste aus dem Initiatorenkreis, der das Denkmal in einem über fünfzehnjährigen Prozess – auch gegen massiven Widerstand – durchgesetzt hat. Kurz vor der Vollendung des Projektes kündigte sie an, einen vom Gelände des Vernichtungslagers Belzec mitgenommenen Zahn in einer Stele versenken zu wollen. Der scharfe Protest gegen das Vorhaben hat den Besuchern wohl ein Fotomotiv gekostet.

Fairerweise, es gehört ja noch der unterirdische „Ort der Information“ zum Konzept. Und irgendwann soll mit der nahegelegenen Ausstellung „Topographie des Terrors“ auf dem ehemaligen Gelände des Reichssicherheitshauptamtes, der Bezug zur Täterseite hergestellt werden. Das Informationszentrum besuchen wir das nächste Mal, für die langen Warteschlangen in praller Sonne ist es uns heute zu heiß. Warten wir also bis zum zweiten Blick.

| **Anke Lohmann**



Jerusalem Altstadt, Bebauung nahe der „Klagemauer“.

Am 8. Mai in Israel

■ Ich wuchs im Wissen darum auf, dass der Vater meines Großvaters zwei Jahre im Konzentrationslager Lichtenburg einsaß, meine Großmutter von 1935 bis 1938 im Zuchthaus Waldheim wegen Widerstandsarbeit und ihr Mann, mein Großvater, von 1934 bis 1945 ebenfalls in Waldheim wegen Vorbereitung zum Hochverrat einsaßen. Er wurde nur aufgrund seiner Jugend nicht hingerichtet und stattdessen zu lebenslanger Haft verurteilt. Ich bin dankbar, dass ich ihn trotzdem kennenlernen konnte, denn er wurde, wie tausende andere Häftlinge und Überlebende der Konzentrationslager von der Roten Armee befreit.

Trotz aller persönlicher und familiärer Bindung an den 8. Mai 1945 war mir nie so bewusst, dass es sich im wahrsten Sinne des Wortes um einen Tag der Befreiung handelt, wie in diesem Jahr: Ich verbrachte ihn im Rahmen einer Studienreise der Landeszentrale für politische Bildung in Israel. Der 8. Mai selbst wird dort nicht speziell als Feiertag oder Gedenktag begangen. Aber wenn man sich die Entstehungsbedingungen des Staates Israel und die leidvolle Geschichte der Jüdinnen und Juden im 20. Jahrhundert vor Augen hält, wird sehr deutlich, wie wichtig es ist, diesen Tag vor allem in Deutschland verantwortungsvoll und klar als Tag der Befreiung zu begehen. Um ein Verständnis für die jüdische Bevölkerung Israels zu entwickeln, kann man ihr Denken und Bewusstsein nicht losgelöst von den historischen Ereignissen und Entwicklungen betrachten. Für einen großen Teil der Menschen heißt Geschichte weit mehr als die fachlich korrekte Chronik der Fakten, sie ist konkrete, real erlebte und gefühlte Erfahrung.

In Israel leben 5,4 Millionen Juden, darunter noch etwa 300 000 Überlebende des Holocaust. Hätte es die Schoah nicht gegeben, würde dieser Staat heute wahrschein-

lich nicht existieren. Der Staat Israel reagiert auf das Sterben der Zeitzeugen mit einer wirklich modernen Gedenkkultur. Die neue und überarbeitete Ausstellung der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem ist Zeugnis dessen. Auf einer großen Leinwand am Eingang ist jüdisches Leben in Europa, vom osteuropäischen Shtetl des 18. und 19. Jahrhunderts bis hin zum modernen Großstadtleben im Berlin der 20er Jahre in Film- und Tonbandaufnahmen dokumentiert. Die tunnelartige und sich zum Ende der Ausstellung verjüngende Architektur der Nationalgedenkstätte Israels symbolisiert nicht nur die schwindenden Lebensmöglichkeiten für Juden im Europa des 20. Jahrhunderts, sie ermöglicht dem Besucher auch den ständigen Blick zurück auf das, was vernichtet wurde. Sie erzwingt ihn geradezu. Denn die Schoah ist weit mehr als der Massenmord an über sechs Millionen Juden, sie bedeutet die vollständige Zerstörung der Kultur, der gesamten Lebenswelt für alle europäischen Juden. Um die Einmaligkeit und die Dimension der Verbrechen des Nationalsozialismus zu begreifen, ist dieser Blick zurück zwingend notwendig. Auch in Deutschland ist eine zeitgemäße und lebendige Erinnerungskultur, die das Verantwortungsgefühl des Einzelnen stärkt und Sensibilität für neue antisemitische und faschistische Tendenzen innerhalb der deutschen Gesellschaft erzeugt, erforderlich.

In Yad Vashem werden professionell geführte und aufgezeichnete Interviews mit Überlebenden per Video wiedergegeben, so dass die Schilderung und Dokumentation durch sie und durch die Familien von Opfern auch für nachfolgende Generationen, die die Zeitzeugen selbst nicht mehr kennenlernen können, zugänglich ist und bewahrt wird. In der vom Hauptgebäude etwas entfernt liegenden „Halle der Kinder“, einem nur von wenigen Kerzen beleuchteten Raum,

werden die ermittelbaren Namen und das Alter der ermordeten jüdischen Kinder verlesen. Geschichte bekommt hier tausende Namen und Stimmen, historische Fakten und Ereignisse werden zu tatsächlichen Schicksalen. Jeder Israeli besucht die Gedenkstätte Yad Vashem, jede Polizeieinheit, jede Feuerwehr, jede Schulklasse und jede Armeeinheit. Das Trauma von Vertreibung und Vernichtung spielt im Bewusstsein der jüdischen Bevölkerungsmehrheit Israels eine große Rolle und ist untrennbar mit dem Verständnis von Staat und Gesellschaft verbunden. Es ist auch dem deutsch-israelischen Verhältnis immanent und prägt es nach wie vor maßgeblich. Der Publizist und ehemalige Chefredakteur der Tageszeitung „Jerusalem Post“ Ari Rath sagte im Gespräch mit unserer Reisegruppe: „Die nächsten 150 Jahre sollte keiner, insbesondere kein Deutscher, von normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel reden.“

Auch und gerade in Anbetracht dessen zeigten sich die Referenten und Gesprächspartner überrascht und erfreut über die, im Vergleich zu vormaligen Studienreisen mit 38 Teilnehmern sehr große Gruppe. Aus Sicherheitsbedenken ist die Besucherzahl stark zurückgegangen, eine Israelreise der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz kam wegen mangelnden Interesses nicht zustande. Dabei sensibilisieren die Begegnungen in Israel den Besucher – auch für die Ausprägungen deutscher Gedenk- und Erinnerungskultur. Dazu gehört unbedingt, dem 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom Faschismus zu gedenken. Alles andere wird der Bedeutung dieses Tages für Millionen Menschen nicht gerecht.



Henriette Quade

Henriette Quade ist stellvertretende Stadtvorsitzende der PDS Halle und Mitglied des Landesvorstandes.

Vom Fördern zum Ermöglichen

Das emanzipatorische Projekt Jugendbildung in und bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) beschreitet seit 2002 einen eigenen Weg bei der Förderung von Jugendbildungsarbeit. Anlass dafür war die Förderpraxis selbst – das starre Verhältnis zwischen Geldgeber und Projekt. Diese Beziehung sollte aufgebrochen werden und der Weg geebnet für Kooperation und gemeinsame Politikfähigkeit. Nach nunmehr fast drei Jahren kann konstatiert werden: Wir sind auf dem Weg. Ich könnte jetzt im Rückblick die Erfolgsgeschichte einer guten Idee konstruieren. Ich tue das aus gutem Grund nicht. Diesen großen Plan hat es nämlich nicht gegeben. Es gab dringenden Veränderungsbedarf, verschiedene Zielvorstellungen, es gab im Folgenden konkrete erste Schritte, vor allem aber wurden viele Debatten geführt, mit den Trägern, mit Leuten aus der Stiftung und mit den Partnervereinen in den Ländern. Diese Abstimmungen haben letztlich aus individuellen Vorstellungen gemeinsam getragene Ideen und aus Konzepten eine gemeinsame Praxis ermöglicht. Deshalb möchte ich die Geschichte von hinten aufrollen. Im April dieses Jahres traf sich das Jugendbildungsnetzwerk bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu seiner zweiten Arbeitskonferenz in Blossin. Dort ging es um Emanzipation in linker Bildung und die Kriterien, an denen man das „Linke“ in der Bildungsarbeit festmachen könnte. Ein, wenn nicht der zentrale Punkt war, dass sich linke Bildung, wenn sie auch emanzipatorisch sein will, über die Themenwahl hinaus, durch die Gestaltung des Bildungsprozesses auszeichnet. Das meint z.B. Abbau von Hierarchien, Selbstbestimmung der Teilnehmenden, Handlungsorientierung usw. Als drittes Moment muss der Bildungsprozess dann ein Ziel haben, nämlich die analysierten Verhältnisse auch verändern zu wollen und demnach Teilnehmende entsprechend zu befähigen. Unter diesen drei Reflexionsebenen haben 60 Bildnerinnen und Bildner ihre Arbeit diskutiert oder neuzeitig gesprochen, einen Qualitätsdiskurs geführt. Dies hat 2002 niemand ernsthaft „geplant“.

Es klingt so einfach und dennoch ist es in der Praxis so schwer zu machen. Wie sollen Antragsteller, die immer taktisch aufs nächste Geld spekulieren und Geldgeber, die im-

mer auch eigene Vorstellungen von der „richtigen“ Bildung haben, gleichberechtigt kooperieren? Weshalb halsen sich ohnehin überarbeitete Beteiligte zusätzliche Zeit für Abstimmungen und Verhandlungen auf? Und was bewegt Geldgeber dazu, auf Souveränität zu verzichten und die Antragsteller, ihre Pfründe mit Konkurrenten zu teilen? In der Jugendbildung bei der RLS passiert jedoch genau das.

Ich möchte im Folgenden kurz skizzieren, welche Schritte seit 2002 gegangen wurden. Alles begann damit, die Antragsteller für das Jahr 2003 an einem Wochenende zusammenzuholen und mit ihnen darüber zu sprechen, was ihrer Meinung nach linke Bildung eigentlich ist. Das war hochspannend, aber erstaunlich widersprüchlich. Als Folge ergab sich im Jahr 2003 eine erste Arbeitstagung zum linken Bildungsverständnis mit breiter Resonanz. Die Tagung erwies sich als ein Raum, in dem interdisziplinär auch über tiefsitzende Verunsicherungen diskutiert werden konnte. Wie viel Emanzipation ist bei antirassistischen Tagesworkshops an Schulen eigentlich möglich? In welchem Verhältnis stehen linke Aktion und linke Bildung? Wen wollen wir erreichen und wen erreichen wir tatsächlich? Wie vertragen sich der Wunsch, Systemkritik zu „vermitteln“ und der Grundsatz der Selbstbestimmung? Dieses Bedürfnis linker Bildner nach einem überfachlichen Reflexionsraum über das Bildungsverständnis bildet aus meiner Sicht die entscheidende Klammer für das Jugendbildungsnetzwerk, welches sich Ende 2003 erstmals traf und damit faktisch begründete. Es umfasst inzwischen weit mehr als die geförderten Träger. Hier finden sich Initiativen, Stiftungsverbund, Stipendiaten und Einzelpersonen verschiedener Bildungseinrichtungen zusammen. Das Netzwerk hat seit 2004 eigene Mittel für Netzwerkprojekte zur Verfügung. 2004 nahm das Netzwerk beispielsweise an der NEURO-Konferenz in München teil, es gründete sich eine Arbeitsgruppe zu Kapitalismuskritik, eine zum linken Bildungsverständnis und eine zu Russland. Parallel wurde auch das Vergabeverfahren der Mittel mit der Schaffung eines paritätisch zwischen Stiftungsverbund und Netzwerk besetzten Vergabeausschusses entscheidend verän-

dert. Dort werden auf jährlich zwei Sitzungen die Ausschreibung erarbeitet, Mittel bewilligt und Projekte ausgewertet. Auf Initiative der Träger wurde zusätzlich zur längerfristigen Projektförderung ein Initiativenfonds geschaffen, mit dem kurzfristig kleine Projekte angeschoben werden sollen. Von den ersten Monatsmieten eines Kontaktbüros bis hin zum Zeitzugengespräch werden so pro Jahr etwa 30 Projektchen unbürokratisch ermöglicht.

Über den fachlichen Diskurs im Vergabeausschuss hinaus hat sich die Arbeit des Netzwerkes und des Stiftungsverbundes weiter verzahnt. Das Netzwerk war auf dem letzten Weltsocialforum in Porto Alegre vertreten und bereitet gerade ein Projekt mit Partnern in Uruguay vor. Die Russland-AG des Netzwerkes wird im September an einem Partnertreffen in Moskau teilnehmen. Die bereits erwähnte zweite Arbeitstagung zu linker Jugendbildung fand mit Beteiligung vieler Menschen aus dem Stiftungsverbund statt. Einzelne Landesstiftungen übernehmen die Projektbetreuung vor Ort und arbeiten mit den Trägern eng zusammen.

All dies hat den Stellenwert der Jugendbildung, nicht nur am finanziellen Umfang gemessen, im Stiftungsverbund deutlich erhöht und zu einer Außenwahrnehmung der RLS als Partner in Jugendbildungsfragen beigetragen. Ich weiß nicht, wohin dieser Prozess führen wird, aber ein Grundsatz wird bleiben (müssen). Jugendbildner sind Experten für die Zielgruppe und jugendgemäße Themen, eine Stiftung ist dies nicht unbedingt. Und als Experten entscheiden sie über die Mittel gleichberechtigt mit. Das nächste Mal konkret ab Oktober, wenn die aktuelle Ausschreibung für 2006 auslaufen wird.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ermöglicht diesen Prozess durch das zur Verfügung stellen von Ressourcen. Beeinflussen kann sie ihn inzwischen „nur noch“ als gleichberechtigter Partner. Und weil dies so ist, kann dieser Prozess berechtigt als „emanzipatorisches Projekt Jugendbildung“ bezeichnet werden.

Infos zum Netzwerk, zur Ausschreibung, zu Arbeitsgremien oder Initiativenfonds:

Ronald Höhner
Telefon: 030 44310149
E-Mail: hoehner@rosalux.de
www.rosalux.de (Jugendbildung)



Ronald Höhner

Ronald Höhner ist Jugendbildungskoordinator der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die Idee mit der neuen Linkspartei lag einfach in der Luft. Spätestens seit Mitte der 90er Jahre der Paradigmen-Wechsel zum Shareholder-Value-Kapitalismus vollzogen, seit die Globalisierung unumgebar geworden und auf allen Ebenen der Standortwettbewerb um die Unternehmen des Turbo-Kapitalismus ausgebrochen war, ging auch politisch ein immer tieferer Riss durch alle Parteien und politischen Lager.

einandersetzung verloren – aber sie werden sich vielleicht Gehör verschaffen können. Womit? Schau'n mer mal. Auf jeden Fall durch den Lafontaine und den Gysi. Das mindeste: Sie werden uns Gehör verschaffen können. Wer auch immer wir sind.

An diesem Punkt befinden wir uns zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Heftes. Bei acht bis elf Prozent in den Umfragen. Aber Umfragen sind noch keine Wahlergebnisse.

spielte – im Gleichklang mit Konservativen und Rechten – mit der Re-Nationalisierung der EU und ihrer Abschottung gegen Osteuropa und die Türkei. Kritikern dieser Äußerungen wurde entgegen gehalten, der WASG-Spitzenkandidat sei missinterpretiert worden. Lassen wir diesen Einwand einen Moment gelten – dann bleibt aber immer noch: Gregor Gysi oder Lothar Bisky waren stets mit nicht minder feindseligen Medien und Konkurrenten konfrontiert – und sind nie in einer solchen Weise „missinterpretiert“ worden. Es geht also auch anders.

Gerade in Wahlkämpfen hat die PDS immer wieder die Erfahrung gemacht, dass nicht Parolen zählen, nicht Abgrenzungs-, Abrechnungs- oder Anbiederungsrituale gegenüber politischen Konkurrenten, schon gar nicht der Appell an die niederen Instinkte, sondern der bessere, eingängige politische Vorschlag. Man muss nicht über „Fremdarbeiter“ faseln, wenn man einen gesetzlichen Mindestlohnes will. Man muss nicht an Ängste vor Türken, Rumänen oder Bulgaren appellieren, wenn man mit der Europäischen Linkspartei dafür kämpft, der EU und der Globalisierung sozial Beine zu machen. Und man muss nicht bei Kanzler- und SPD-Schelte stehen bleiben, wenn man eine Idee hat, was an die Stelle von Hartz IV treten soll: Nicht der elende und teure Zustand der Verwaltung und Ausgrenzung der Langzeitarbeitslosen wie vor den Hartz-Gesetzen, sondern eine vernünftige Bündelung der vorhandenen Gelder – vom ALG II über die Mietzuschüsse bis zur „Mehraufwandsentschädigung“ – zur Umwandlung der „Ein-Euro-Jobs“ in reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Die notwendige neue soziale Idee erschöpft sich darin noch nicht. Aber sie ist in Inhalt, Richtung und Stil beispielhaft beschrieben: Rückführung Langzeitarbeitsloser in das Erwerbsleben – neue, öffentlich inspirierte und geförderte Beschäftigung – schließlich Politik vom Menschen her gedacht und nicht in den herkömmlichen Grenzen von Finanzierungstöpfen, Rechtsvorschriften und Verwaltungsstrukturen. Wenn ein solches Denken die neue, größere Linkspartei ausmacht, wenn das ihre erweiterte Identität bestimmt – dann liegt tatsächlich etwas in der Luft: ein Impuls, der nicht nur die Schröder-kritische Linke bündelt, sondern auch den Sozialdemokraten in der SPD Denkanstöße gibt und vielleicht sogar jene anspricht, die ihre Sozialkritik mit dem Satz beginnen: „Was würde Jesus dazu sagen?“

Anstoß erregen oder Anstöße geben?

Dazu kamen weniger vordergründig kapitalistische Probleme: die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur etwa. Die Schulden der öffentlichen Hand. Schließlich die Veränderungen in den Produktivkräften: Digitalisierung, Computerisierung, weltweite Vernetzung.

Doch die große soziale Reformidee dazu blieb aus – auch seitens der Linken. Das Ruder übernahm ein Konglomerat von neoliberalen Ideologen und Ideen – wie verantwortungslosen Reformern, die im sozialen Abriss die einzige Antwort auf die Herausforderungen sahen. Und der Riss durch alle Parteien, aber auch der zwischen den Parteien vertiefte sich. Hier die Seehofers, Blüms, Geislers, die Lafontaines, Schreiners, die Schulz' und Herrmanns als die Verlierer in Union, SPD und Grünen – da die PDS, die Verliererin der Bundestagswahl 2002.

Drei Jahre später ist Rot-Grün, wie einst 2002 die PDS, an der Tatsache gescheitert, dass man diese große soziale Reformidee nicht aufbrachte. Das Fehlen dieser Reformidee – das ist der eigentliche Kern der Sache. Denn nach ihr suchen die Menschen. Umfragen bilden das ab: Nicht Parteibindungen geben Halt im bevorstehenden Wahlkampf, schon gar nicht Personen – vor allem wollen sich die Wählerinnen und Wähler auf Inhalte, auf politische Konzepte und Angebote orientieren.

Am Ende freilich stehen nicht Konzepte auf dem Wahlzettel, sondern doch wieder nur Parteinamen. Und was sagen die derzeit dem Publikum:

SPD, Grüne – das wird nix mehr, die können es ja nicht.

Union und FDP – wirklich besser können die es auch nicht ...

Dann vielleicht die anderen, die von links. Die haben zwar jede bundespolitische Aus-

Und Personen noch keine Konzepte. Genauso wenig, wie das Bemühen, der Verstärker von Volkes Stimme zu sein – oder von dem, was man für Volkes Stimme hält –, eine tragfähige, zukunftsweisende politische Strategie ist. Das Volk bringt Interessen hervor und wird sich dieser Interessen gewahr – das aber sind noch keine Konzepte und politischen Angebote. Die zu entwickeln und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu vervollkommen und schließlich umzusetzen – das ist Aufgabe von Politik.

Oskar Lafontaine hatte Ende der 90er Jahre interessante und auch chancenreich erscheinende Ansätze für die Wiedergewinnung politischen Gestaltungsraums innerhalb der EU und innerhalb der – damals noch – die Weltwirtschaft dominierenden „Triade“ aus EU, USA und Japan. Er ist damit gescheitert – auch an Gerhard Schröder. Aber ebenso – wie sein einziger Mitstreiter Dominique Strauss-Kahn – daran, dass die europäische Sozialdemokratie insgesamt nicht willens und in der Lage war, ein gemeinsames Projekt zur sozialen Gestaltung der Globalisierung aufzulegen – obwohl sie damals in den meisten europäischen Ländern regierte!

Seither sind Lafontaines Bücher nicht schlauer geworden: Zu schrill die Abrechnung mit Schröder und der SPD allein, zu vordergründig die Selbstinszenierung als Volkstribun – auch durch Appellieren an die niederen Instinkte; zu kurz gekommen die Suche nach der neuen sozialen Idee. Deswegen geriet der Start in den Wahlkampf aus der Balance: Der Volkstribun verteidigte Arbeitsplatzbesitzer und Sozialstaatspartizipateure in Deutschland gegen „Fremdarbeiter“, sah sich auf Seiten der schweigenden Mehrheit in Sachen Folter und Gewalt gegen überführte Kindesentführer und



Dr. Thomas Falkner

Dr. Thomas Falkner ist Referent für Grundsatzfragen beim Fraktionsvorsitzenden der PDS Sachsen-Anhalt.

Alfred Dittberner Abgeordneter

Mensch Ete, altet Haus,

ick weeß, hat ne Weile gedauert. Sind halt bewegte Zeiten. Soll heißen, die wolln uns hier in Bewegung halten! So'n Abjeordneter muss ja wohl mobil sein, ick brauche schließlich mein Auto, um zum Volk zu kommen! Und ick muss det ooch irgenwo abstellen können bei diesem Landtag. Jeht aber nich mehr! War schon allet in Sack und Tüten, ein Parkdeck sollte jebaut werden. Und denn ziehen die alle den Schwanz ein, nur weil so'n paar widerwärtige Schreiberlinge det durch die Zeitungen zerren. Ekelhaft. Und wir haben nu nischt, wo die Karren hin können! Schließlich kann doch von uns keener erwarten dass wir vor 8 Uhr hier am Landtag sind (da jibts noch Plätze). Wir opfern uns schließlich 24 Stunden am Tag für det Volk auf. Und dann nölt det Volk rum – unverschämt! Ick weeß nich, wie det weiterjeht, is ne riesige Sauerei. Wir jeben unser Bestes und Letztes für det Volk – und die nehmen uns unsere Parkplätze weg. Wo sind wir bloß hinjekommen!

Denn is uns da noch so'n blödet Ding passiert, ham wir nich aufgepasst. Wir ham doch hier die Verfassung jeändert, mussten wir sogar mit den Roten zusammen machen. Schlimm jenug. Aber denn sind doch diese listigen Säcke sofort in die Spur und haben ein Gesetz vorgelegt, zu Volksabstimmungen und diesem ganzen Kram. Is eh' bloß lästig. Aber die ham det so jetricht, dass wir glatt zustimmen mussten. Der Alte – also unser Ministapäsident – soll janz schön jetobt haben, war aba zu spät. Und jetzt ham wa den Salat – der Landtag hat ein Gesetz der PDS verabschiedet, von den Roten. Is ne Schande, darf uns nich wieder passieren!

Aber wir ham jetzt wat jefunden, womit wir die ärgern können! Wir lassen jetzt alle Minista ne Regierungserklärung machen, da kloppen wir die schon mürbe! Anjefangen hat der Alte, da ham wir erst mal nen Schreck jekricht – bekam der doch sojar Beifall von die Roten, von den PDS-Säcken! Behaupten die doch glatt, wat der Chef da so erzählt hat, ham die schon vor Monaten auf enem Parteitag beschlossen. So wie Hase und Igel, weeßte? Die werden wirklich immer frecher! Aber der Rest lief bis jetzt jut. Am schärfsten war der Wirtschaftsminista. Is zwar so'n Libaraler, aber der hat da über ne Stunde jequatscht, det hat die richtig mürbe jekloppt! Und – hähä – det wird weiter so durchgezogen!

Ick habe Dir doch schon erzählt, dass die Roten und die Sozis mit so'nem Untersuchungsausschuß unsern Justizminista – juter

Mann – absägen wollten. Nur weil der mal für irgend so'n unwichtiges Ding seinen Ministabriefkopp jenommen hat, und noch so'n Kleinkram. Ick sage Dir, det is vielleicht in die Hose jegangen. Ick habe ja immer jesagt, wir müssen zusammenhalten, wir müssen dichthalten, müssen alle det selbe sagen. Denn läuft die Kiste. Und so is det nun ooch jekommen! Die können dem Mann absolut jarnischt! Feine Sache. Da können die jetzt machen, wat die wollen, können irgend so'n komisches Mindaheitenvotum abgeben – interessiert keenen, wir sind mehr! Und ick sage Dir, det wird mit dem anderen Ding, wo die die Vergabe von Beraterverträgen kriminalisier wollen, ooch nich anders. Da können die Roten und die Sozis im Quadrat springen – uns fährt keener an den Karren!

Übriens, die Roten, die von die PDS, die knallen immer mehr durch. Die woll'n den ganzen Landeshaushalt auf den Kopp stellen! So'n ordentlicher Haushalt, der wird schließlich an den Investitionen jemessen, die det Land macht. Wir brauchen Straßen und so'n Zeug – sonst kommen doch die Investoren nich, die hier neue Betriebe machen soll'n. Und wat wollen die Roten? Die woll'n keen Straßen mehr bauen oder Flüsse ausbaggern – brauchen wir schließlich ooch – die woll' det ganze schöne Jeld in Bildung stecken! Da jibts so komische Wörter, ick kenne mir da nich so aus, bin ja nich bei die Finanzer. Jedenfalls quaken die rum, wir brauchen jetzt nich mehr die „Investitionsquote“, wir brauchen eine „Bildungsquote“! Ein ausjemachter Unsinn! Die woll'n doch nur ihre altlinken Traumtänzereien wie Jesamtschule durchdrücken, diesmal hintenum. Anders kann ick mir det nich erklär'n, auf sowat kommt doch kein vernünftiger Mensch! Die wettern wie die Kaputten gegen Studienjebühren, die nur recht und billig sind – det ganze linke Jesocks an die Hochschulen soll mal arbeiten und nich meine Steuerjelder verprassen! Aber die Roten woll'n den Typen ja det schöne Jeld noch vorne und hinten rinschieben. Aber nich mit uns, der Alte hat schon ne jute Idee jehabt. Die soll'n schön zahlen für ihr Studium, bekommen sogar nen Kredit, und danach wird berappt! Nur wenn die schön brav im Land bleiben und hier schaffen, denn brauchen die nich berappen. Ick fänd's besser, wenn die trotzdem berappen müssen, aber mit dem Alten lege ick mir nich an.

Na ja, vielleicht erledigt sich det mit den Roten ja nu von selbst. Die spiel'n gerade mit Punkten und Buchstaben, aber nur zu – denn haben die keine Zeit für irjendwelchen Schwachsinn. Soll'n die sich selbst behelligen und nich uns!

Bis denn – Dein Kumpel Aldi

Termine

Bildungsverein Elbe-Saale

15. Juni 2005, 19.00 Uhr

Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13, Magdeburg,
„Arbeiterunruhe und Globalisierung“
Buchvorstellung

18. Juli 2005, ab 17.30 Uhr

Domplatz (Auftakt), Alter Markt
(Abschlusskundgebung), Magdeburg,
Bündnisaktion – Ein Jahr Montagsdemonstration

18. August 2005, 14.00 Uhr

Bürgerladen, Falladaweg 9, Halle,
„Australien – Land und Leute“
mit Dr. Viola Schubert-Lehnhardt
gemeinsam mit dem Bürgerladen e.V.

22. August 2005, 18.30 Uhr

Lesesaal des neuen theaters,
Große Ulrichstraße 51, Halle,
„Zukunft des Sozialstaates“
mit Dr. Lutz Brangsch

31. August 2005, 16.30 Uhr

Haus der Gewerkschaften,
Otto-von-Guericke-Straße 6, Magdeburg,
„Ist – Schwerter zu Pflugscharen – noch aktuell?“
mit Dr. Peter Scherer
anlässlich des Antikriegstages

Kontakt und Informationen zu den Veranstaltungen:

Bildungsverein Elbe-Saale e.V.
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

E-Mail:
bildungsverein.elbe-saale@t-online.de
Telefon: 0391 732 49 80

Bildnachweis:

Sven Barquet (3, 6, 7, 8, 9, 12, Rückseite)
Martin Heinlein (11)
Jana Müller (Titel, 3, 10)
Marcel Noack (4, 5)
Henriette Quade (12)
Joachim Spaeth (14)



Sommer

Wir (wünschen einen roten...

PDS